

Liebe Mitglieder der Unabhängigen,  
sehr geehrte Interessierte,

April 2021

wie gewohnt erhalten Sie unseren Infobrief mit dem wir über die Tätigkeiten aller Unabhängigen im Landkreis Hildesheim berichten

---

### Termine:

Unsere nächste **Mitgliederversammlung** findet am **28.05.2021** um **17.30 Uhr** statt, anschließend treffen wir uns zur **Aufstellungsversammlung**, deren Beginn für **18.30 Uhr** angesetzt ist. Die Einladungen sind bereits verschickt. Sollten Sie keine Einladung erhalten haben, prüfen Sie bitte den Spam-Ordner oder melden sich unter [unabhaengige@landkreishildesheim.de](mailto:unabhaengige@landkreishildesheim.de)

----

Auch in diesem Jahr soll es -soweit es die Umstände zulassen- ein **Sommerfest** geben. Hierfür konnten wir das Gelände der Pfadfinder in Diekholzen am **10.07.2021** reservieren. Bitte den Termin vormerken.

### Unabhängige in Alfeld

Zum Artikel in der Alfelder Zeitung vom 22.04.2021

Zur Sache Neuanschaffung VRW (Haushaltsansatz 70.000 Euro) haben wir folgende Auffassung:

Die Haushaltslage der Stadt Alfeld/Leine ist angespannt. Die Kommunalaufsicht erwartet zu Recht, dass Investitionen auf das absolut Notwendigste und Erforderlichste beschränkt bleiben. Unter dieser Prämisse bewertet die Fraktion der BAL-Die Unabhängigen jede Investition.

Die BAL-Die Unabhängigen Fraktion hält eine Neuanschaffung eben nicht für erforderlich, da die primären Aufgaben des VRW, nämlich der Transport von Einsatzmitteln zur Bergung von Personen aus Kraftfahrzeugen, mittlerweile durch Verlastung der Einsatzmittel auf einen Rüstwagen dargestellt werden kann. Die Erreichbarkeit von derartigen Unfallstellen, überwiegend auf Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften, sollte auch mit einem Großfahrzeug möglich sein.

Die Feuerwehr der Stadt Alfeld/Leine hat einen Rüstwagen mit Krananbau neu erhalten. Dieser würde sich für die Abarbeitung der Ereignisse mit eingeklemmten Person o.ä. eignen. Die Angaben über Geschwindigkeitsvorteile und schnelleres Vorankommen zwischen VRW und RW bei den hier maximal im Zuständigkeitsbereich zu fahrenden Strecken sehen wir nicht.

Alle weiteren mit dem jetzigen VRW abgearbeiteten Einsätze, insbesondere die Türnotöffnungen, können mit einem anderen Fahrzeug aus dem großen Fahrzeugpool der Ortsfeuerwehr Alfeld gefahren werden.

Die Fraktion der BAL-Die Unabhängigen hat sich bereits zum Zeitpunkt der Haushaltsplanberatungen in 2020 zu dieser Investition geäußert. Dabei haben wir Wert darauf gelegt, die Notwendigkeit eines VRW einmal bei Angehörigen von Feuerwehren außerhalb der Stadt Alfeld/Leine zu hinterfragen, auch um andere Sichtweisen zu erlangen.

Die Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans hier in Alfeld hat innerhalb der BAL-Die Unabhängigen Fraktion einen hohen Stellenwert.

Gleiches gilt für die Feuerwehren im Allgemeinen. Die BAL-Fraktion hat in der Ausschusssitzung am 20.04.21 einen Änderungsantrag zur Vorlage "Verleihung der Ehrenmedaille an Ehrenbeamte der Feuerwehren...." gestellt. Nach Auffassung der BAL haben auch Funktionär\*innen unter entsprechenden Voraussetzungen so eine Auszeichnung verdient. Der Änderungsantrag ist zur Beratung in die Fraktionen verwiesen worden. Die abschließende Entscheidung darüber findet in der nächsten Ratssitzung statt.  
gez. Uwe Höltgebaum

## **Unabhängige in Elze**

Am 23.04.2021 war Welttag des Buches. Die Unabhängigen in Elze haben dies zum Anlass genommen, die beiden Elzer Grundschulen mit Kinderbüchern zu beschenken und die Bücherschränke in den Elzer Ortsteilen mit neuem Lesestoff zu bestücken. Einen Teil des Wahlkampfetats wollen sie statt für die üblichen Plakate & Werbemittel für gute Zwecke einsetzen.

## **Unabhängige in Harsum**

### **Bericht des Ortsbürgermeisters von Borsum**

#### **Aktion „Saubere Landschaft“ – Erste Ortsratssitzung im neuen Dorfgemeinschaftsraum!**

Nachdem auch in diesem Jahr die traditionellen Veranstaltungen bisher leider abgesagt werden mussten, ist es immerhin gelungen, die **Aktion „Saubere Landschaft“** durchzuführen. Unter Federführung des Ortsrates und der Arbeitsgemeinschaft Borsumer Vereine (ABV) nahmen vier Ortsratsmitglieder sowie Mitglieder der ABV, des MTV Borsum und des Borsumer Musikvereins teil. Während die Mitglieder des MTV Borsum (Kerstin Gronau, Uwe König, Annette und Dirk Lodahl, Karin Mai, Hans-Werner Matthiesen, Franz Schrader) die Bereiche rund um den Sportplatz und den Containerstandort sowie entlang des Radweges von Borsum nach Asel säuberten, sammelten Nicole und Frank Kreuzkam den Wohlstandsmüll entlang des Wirtschaftsweges an der Kreisstraße nach Harsum ein. Klaus Mai und Uwe Jänichen von der ABV hatten Pflegearbeiten am Radweg übernommen. Zur gleichen Zeit säuberten Peter Brammer und Josef Stuke den neuen Spielplatz am Sonoytaplatz. Elisabeth König und Nicole Wirries bepflanzten parallel die öffentlichen Blumenkübel im Dorf. Damit war es insgesamt eine gelungene Aktion zur Aufwertung des Dorfbildes. Auch an dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei allen Helferinnen und Helfern bedanken.

## **Ergebnisse der Ortsratssitzung**

Zunächst war es natürlich ein erfreuliches Ereignis, nach der vom Ortsrat verabschiedeten Benutzungsordnung und nach der Bauabnahme erstmals eine Sitzung im neuen Dorfgemeinschaftsraum durchführen zu können. Dies habe ich zum Anlass genommen, noch einmal die erheblichen Eigenleistungen der Vereine und des Ortsrates herauszustellen und mich bei allen Beteiligten für diese gelungene Dorferneuerungsmaßnahme zu bedanken. Die noch ausstehende Gestaltung des Außenbereichs einschließlich der Parkplätze, das Baugelände und die absehbare Erneuerung der Martinstraße werden das gesamte Umfeld erheblich aufwerten.

**Vereinsförderung 2021:** Den Vereinen wird die Förderung wie im Vorjahr gewährt: bis 110 Mitglieder je 1 € pro Mitglied, Vereine mit einer höheren Mitgliederzahl erhalten 0,80 € pro Mitglied, mindestens werden 50 € und höchstens 350 € gewährt. Die Gesamtsumme beträgt rund 2.500 €. Erfreulich ist, dass die Mitgliederzahl der Vereine trotz der Corona-Pandemie konstant geblieben ist. Die Borsumer Vereinstreue ist vorbildlich, die gesamte Zahl der Mitglieder der Vereine liegt bei rund 3.000.

**Schließung der Geschäftsstelle der Volksbank:** Der Ortsrat hat kein Verständnis für die Schließung der Geschäftsstelle, zumal die Volksbank gerade wieder mit ihrer örtlichen Nähe zu den Kunden wirbt und regelmäßig gute Ergebnisse erzielt. Der Ortsrat hat die vom Gemeinderat beschlossenen Resolutionen bekräftigt und mich gebeten, dies der Volksbank mitzuteilen. Der Ortsrat bittet die Volksbank, frühzeitig über die zukünftige Nutzung des Gebäudes informiert zu werden.

**Baugebiet "An der Filderkoppel":** Der zuständige Fachbereichsleiter der Gemeinde Harsum, Herr Kellner, berichtete, dass die Erschließungsmaßnahmen zurzeit vorbereitet werden. Für den Breitbandanschluss konnte die Deutsche Glasfaser gewonnen werden. Herr Kellner geht davon aus, die noch laufenden Grundstücksverhandlungen kurzfristig positiv abschließen zu können. Für die archäologischen Untersuchungen benötigt die Gemeinde eine denkmalrechtliche Erlaubnis. Diese wird erteilt, sobald von einem Ratsbeschluss über den Bebauungsplan auszugehen ist. Der Ortsrat erwartet von der Verwaltung, dass der 2. Planungsschritt in der Sitzung des Bauausschusses am 3.6.2021 eingeleitet wird und noch vor der Kommunalwahl im September ein Ratsbeschluss über den Bebauungsplan und die Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt.

Im Hinblick auf die langen Wartezeiten für die Bewerber/innen und vor allem auch wegen der in der Gemeinde fehlenden Betreuungsplätze für Kinder müssen jetzt schnell die Voraussetzungen für den Bau der Einfamilienhäuser und der Kindertagesstätte geschaffen werden. Herr Kellner geht davon aus, dass die Erschließungsmaßnahmen im nächsten Frühjahr beginnen können.

**Dorferneuerung:** Nach meiner Rückfrage beim Amt für Landentwicklung zeichnen sich positive Entscheidungen über die von der Gemeinde gestellten Förderanträge ab. Dazu gehören auch längere Fristen für die Umsetzung.

**Standort für die Container am neuen Sportplatz:** Der Ortsrat hat kein Verständnis dafür, dass dort regelmäßig unterschiedlichste Abfälle und vor allem Haus- bzw. Sperrmüll entsorgt werden. Er beabsichtigt, eine Ortsbesichtigung durchzuführen, um gemeinsam mit dem Ordnungsamt vorbeugende Maßnahmen zu prüfen.

**Nutzung der Sporthallen und Sportplätze:** Nach der Corona-Verordnung des Landes Niedersachsen ist die Nutzung von Sporthallen und Sportplätzen in einem eng begrenzten Umfang zulässig. In diesem kleinen Rahmen wollten Sportler der Bundesligamannschaft des Tischtennisportvereins und Leichtathleten des MTV Borsum die Sportanlagen nutzen. Nachdem die Gemeinde Harsum diesen möglichen Sportbetrieb mehrfach ablehnte, habe ich mich für eine Öffnung der Sportanlagen eingesetzt. Diese können nunmehr entsprechend den Vorgaben des Landes genutzt werden.

gez. Josef Stuke  
(Ortsbürgermeister)

## **Unabhängige in Harsum/Kreistag**

### **Bericht von Josef Stuke**

#### **Betreuungsplätze für Kinder**

Auf unseren Antrag hin hat der zuständige Fachbereichsleiter der Gemeinde Harsum, Herr Lorenz, in der Ratssitzung am 23.03.2021 die Situation dargelegt. Wie zu befürchten war, reichen die zur Verfügung stehenden Betreuungsplätze für Kinder nicht aus, um alle Anmeldungen berücksichtigen zu können. Dies gilt insbesondere für Krippenplätze. Über die Vergabe der Betreuungsplätze zum 1.8.2021 ist am 25.03.2021 entschieden worden. Dieses Ergebnis ist zunächst nur den Eltern mitgeteilt worden, für deren Kinder Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Anderen Eltern ist erst auf Nachfrage mitgeteilt worden, dass sie im Mai voraussichtlich eine Absage erhalten werden.

Dieses Verfahren halten wir für nicht akzeptabel. Soweit zurzeit keine Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, müssen die Eltern parallel unverzüglich eine umfassende Information über die Situation und die weitere Entwicklung erhalten. Schließlich müssen sie sich rechtzeitig Gedanken darüber machen, welche Alternativen realisierbar sind. Die Gemeinde muss sich auch dazu äußern, in welcher Weise dem Rechtsanspruch entsprochen werden soll. Dies habe ich Herrn Bürgermeister Litfin mitgeteilt und darum gebeten, detailliert mitzuteilen, in welchem Umfang und in welchen Ortschaften den Betreuungswünschen nicht entsprochen werden kann.

Zuständiger Träger für diese Aufgabe ist der Landkreis Hildesheim. Deshalb habe ich die unbefriedigende Situation in der Gemeinde Harsum zum Anlass genommen, eine Anfrage an die Vertreterin des Landrats, Frau Evelin Wißmann, zu stellen. In dieser habe ich zunächst darauf hingewiesen, dass für die Eltern von Kindern, die voraussichtlich nicht aufgenommen werden können, sich die dringende Frage stellt, wie die Betreuung sichergestellt werden kann. Ferner habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass Klageverfahren folgen könnten, sobald die Ablehnungsbescheide vorliegen. Unter anderem habe ich folgende Fragen gestellt:

1. Ist dem Landkreis Hildesheim die unbefriedigende Betreuungssituation in der Gemeinde Harsum bekannt bzw. ist der Landkreis darüber informiert worden?
2. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den Landkreis Hildesheim?
3. Welche Maßnahmen kommen für den Landkreis Hildesheim in Betracht, um den Ansprüchen auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege schnellstmöglich gerecht zu werden?
4. In welcher Weise werden die betroffenen Eltern über die Betreuungsmöglichkeiten und die konkreten Perspektiven informiert?

Im Hinblick auf die zusätzlich geplanten Baugebiete in der Gemeinde Harsum dürfte zukünftig eine noch höhere Zahl von Betreuungsplätzen benötigt werden. Die dafür notwendigen Baumaßnahmen müssen frühzeitig geplant und beauftragt werden. Dies gilt beispielsweise für das Baugebiet in Borsum, aber auch für die in Hönnersum, in Adlum und in Asel geplanten Baugebiete.

## **Radwegebauprogramm des Landkreises; Erneuerung des Radweges von Harsum nach Klein Förste**

Die Fortschreibung des Radwegebauprogramms des Landkreises steht leider noch aus. Unserem Antrag in der Kreistagssitzung am 10.12.2020, das Programm zügig zu erstellen und dem Kreistag zur Entscheidung in der Kreistagssitzung am 25.03.2021 vorzulegen, hat die Mehrheitsgruppe im Kreistag leider abgelehnt. Ich werde weiterhin auf eine kurzfristige Vorlage des Radwegebauprogramms hinwirken.

Wie Ihnen bekannt ist, hatte ich zudem auf die dringend notwendige Erneuerung des Radweges von Harsum nach Klein Förste aufmerksam gemacht und unter anderem Herrn Landtagsabgeordneten Markus Brinkmann um eine Unterstützung dieses Anliegens gebeten. Zurzeit wird die neue Brücke über den Stichkanal abschließend hergestellt. Dazu gehört zumindest für ein Teilstück der Verbindung zwischen Harsum und Klein Förste auch eine Verbesserung der Radwegesituation, weil insbesondere die Brücke selbst jetzt einen deutlich breiteren Weg für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen vorsieht. Diese Entwicklung habe ich zum Anlass genommen, mich an den Leiter der zuständigen Straßenbaubehörde des Landes zu wenden.

In diesem Schreiben habe ich nochmals darauf hingewiesen, dass dieser Radweg für viele Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Verbindung ist. Das gilt nicht nur für den Weg zum Sportplatz, sondern auch für die Schulkinder aus Klein Förste sowie für die Nutzung der Infrastruktur der Ortschaft Harsum. In meinem Schreiben habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass der Weg nicht nur sanierungsbedürftig ist, sondern im Hinblick auf die gemeinsame Nutzung von Fußgänger/innen sowie Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern auch deutlich zu schmal ist. Gerade nach dem Brückenneubau drängt es sich auf, nunmehr den gesamten Radweg so auszubauen, dass er den aktuell maßgebenden Vorgaben entspricht. Ich hoffe, dass die Straßenbaubehörde diese hohe Priorität der Maßnahme zum Anlass nimmt, baldmöglichst den Radweg zu erneuern.

gez. Josef Stuke

## **Unabhängige in Hildesheim**

Erdinc Parlak befürwortet den Bau einer neuen Schwimmhalle:

Nach Radfahren und Laufen ist Schwimmen die beliebteste Sportart. Insofern ist die gegenwärtige Diskussion, ob die Stadt Hildesheim über ausreichende Schwimmflächen verfügt, angebracht.

Sollte die seitens der Verwaltung angekündigte Wasserbedarfsanalyse eine gravierende Unterdeckung von Schwimmflächen in Hildesheim ergeben, sind ernsthafte Überlegungen anzustellen hierzu eine Abhilfe zu schaffen.

Als mittelfristige Abhilfe kann ich mir in der Tat auch einen Schwimmhallen-Neubau in Hildesheim vorstellen.

Nach über 32 Jahren, seit dem letzten Neubau (Wasserparadies), sollte wieder über eine neue Sportschwimmhalle, am besten wettkampftauglich mit 50 Meter Bahn mit einem Lehrschwimmbecken, nachgedacht werden. Wir Unabhängige werden uns für diese Lösung einsetzen. Hildesheim muss auch in dieser Hinsicht für Schul- und Sportschwimmen zukunftsfähig bleiben.

So eine Schwimmhalle könnte auf der grünen Wiese am Stadtrand stehen - aber auch die Jo-Wiese wäre als Standort mit möglichen Synergieeffekten in Kombination mit dem Freibad, eine ernsthafte zu prüfende Alternative.

gez. Erdinc Parlak

Mitglied im Rat der Stadt Hildesheim

Die Unabhängigen

-----

Zum Bericht „Weisung vom Land: Stadt soll die blauen Ampeln abbauen“ in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung vom 23.04.2021 äußerte sich der 1. Vorsitzende der Unabhängigen in Hildesheim, Dr. Peter Justus, wie folgt:

Gefragt habe ich mich sofort, was es damit auf sich hat, blaue Ampeln zusätzlich und buchstäblich in Verkehr zu bringen, um die vielerorts oft schon reichlich unübersichtliche Verkehrs-Situation noch komplizierter werden zu lassen.

Und nun also spricht die übergeordnete Aufsicht(sbehörde) von einem wiederum buchstäblichen ‚NoGo‘ oder, no roll‘...

Hilfreich wäre seitens der Verantwortlichen eine vorherige Prüfung der Machbarkeit, Zulässigkeit sowohl in verkehrs- wie auch kosten- und verfahrenstechnischer Hinsicht gewesen!

Aber geschenkt:

Denn einen Vorteil hat die Aktion in jedem Fall:

Hildesheim ist wieder in den Schlagzeilen - fraglich, ob unbedingt positiv.

Aber es gibt einen halbwegs preisgünstigen, schnellen und zielführenden Ausweg:

Austausch der blauen Ampelgläser/ blauen Leuchtmittel durch handelsübliche mit den ‚richtigen‘ Deckgläsern in grün bzw. rot mit Fahrradsymbol.

Entsprechende Beispiele liegen zur Anschauung vor.

gez. Dr. Peter Justus

## **Unabhängige im Kreistag**

Mit der Darstellung der Position der Unabhängigen zur „Affäre Doktor-Titel Olaf Levonen“ in der Hildesheimer Zeitung vom 14.04.2021 ist die Fraktion nicht einverstanden. Die recht kurze Darstellung erweckt den Eindruck, die Unabhängigen würden einen konstruktiven Lösungsvorschlag des SPD-Fraktionsvorsitzenden verhindern. Dieses ist mitnichten der Fall! Das der rechtlich korrekte und politisch erforderliche Weg von uns bereits eingeschlagen wurde, wird leider nicht deutlich. Dass die SPD/CDU diesen abgelehnt haben, ist in dem Artikel auch nicht klar herausgekommen.

Die Kreistagsfraktion will auch nicht mehr Informationen gewinnen, sondern sie fordern durch klare, deutliche und entscheidende Fragen nachdrücklich die Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe!

Die SPD schlägt lediglich das jetzt vor, was die Unabhängigen bereits in der letzten Kreistagssitzung als einzige vorgeschlagen haben und auch bereits durchführen. Der Vorschlag wurde jedoch von CDU und SPD abgelehnt!

Den völlig aus der Luft gegriffenen Unterstellungen von Herrn Bruer hinsichtlich mangelnden Willens zur transparenten Aufklärung und Neigung zum – wie er formuliert „drauf zu hauen“-entbehren jeder Grundlage. Auch die von ihm nun in den Vordergrund gestellte Unschuldsvermutung wurde von Herrn Steinhäuser im letzten Kreistag laut und deutlich erwähnt.

Herr Bruer hat unsere notwendige Aufklärung (insbesondere aber wohl die Initiative von Herrn Berndt) massiv kritisiert („Jagd auf den Landrat ungehemmt eröffnet usw.)! Mit seinem „Vorstoß“ für eine Arbeitsgruppe versucht er nun, diese Entwicklung wieder einzufangen.

Wenn die SPD also ebenso wie die Unabhängigen an einer sachlichen Aufklärung interessiert wäre, könnten sie einfach der Vorgehensweise zustimmen und sich dem anschließen. Eine Versetzung in den Ruhestand oder anderweitige Forderungen können gerade auch wegen der Unschuldsvermutung erst dann ein Thema sein, wenn die erforderlichen Antworten in zufriedenstellender Tiefe eingegangen sind. Dieses nachdrücklich zu betreiben ist die Aufgabe.

Nach dem Abstimmungsverhalten und den Äußerungen von SPD und CDU im letzten Kreistag können die beiden Fraktionen nicht Partner der Unabhängigen beim Umgang mit dem Thema sein, denn diejenigen, die sonst keine Gelegenheit auslassen, den Landesministerien die Kompetenz und Zuständigkeit abzusprechen, haben gerade jetzt versucht, die eigene Zuständigkeit dort hin zu schieben. Glaubwürdigkeit sieht anders aus. Die Gruppe SPD/CDU hat es anderen überlassen, zu prüfen (Innenministerium, Staatsanwaltschaft) und ihre eigene Verantwortung nicht wahrgenommen.

## **Unabhängige in Sibbesse**

Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung den Bürgermeister beauftragt, mit der Deutschen Glasfaser eine Kooperationsvereinbarung auszuhandeln und abzuschließen. Dirk Sattler äußerte hierzu, dass die Leitungen notwendig seien, damit die Dörfer nicht hinterherhinken.

## **Kommentar von Ulrich Bantelmann**

Im Zusammenhang mit der Corona-Krise haben wir in den letzten Monaten und Wochen viel vom Föderalismus unseres Staates gehört. Dabei ging es immer um Kompetenzfragen und weshalb es keine bundeseinheitlichen Corona-Regeln gibt. Nun hören wir seit kurzem den Ruf aus der Politik, dass der Gesetzgeber das Infektionsschutzgesetz dahingehend ändern möge, dass mehr Kompetenz in Fällen einer Pandemie auf den Bund übertragen werden soll. Nun, nach mehr als einem Jahr, wird diese Notwendigkeit in der Politik gesehen und gehandelt.

Die Väter unseres Grundgesetzes hatten bei der Schaffung unseres föderalistischen Staates im Auge, dass die Bevölkerung unseres Landes unterschiedlich ist. Schon visuell ist der Unterschied beispielsweise zwischen Bayern mit Lederhose und Dirndl und Friesen mit „Prinz-Heinrich-Mütze“ deutlich erkennbar. Damit gibt es auch unterschiedliche Kulturen, die es in einem übergreifenden zusammengeschlossenen Gesamtstaat wie der Bundesrepublik Deutschland wertzuschätzen und zu berücksichtigen gilt. Deshalb verfügen in einem föderalistischen Staat die einzelnen Mitgliedstaaten (Bundesländer) über eine begrenzte Eigenständigkeit und Staatlichkeit.

Die Corona-Krise hat nun die Frage aufgeworfen, wie weit dieses föderalistische Prinzip unseres Staates gerade in Zeiten einer Pandemie gehen sollte. Die letzten Monate und Wochen haben gezeigt, dass infolge dieses föderalistischen Prinzips in jedem Bundesland Corona-Regeln anders ausgelegt und gehandhabt werden und die Regeln selbst sogar an den Parlamenten unseres föderalistischen Staates vorbei in sog. Ministerkonferenzen beschlossen werden.

Unser föderalistischer Staat aber ist nach dem Bundesstaatsprinzip aufgebaut in denen zwar die einzelnen Bundesländer bestimmte staatliche Kompetenzen ausüben, aber nur diejenigen, die nicht zwangsläufig vom Bund als Gesamtheit wahrgenommen werden müssen.

Dazu heißt es in Art. 72 II Grundgesetz, dass dem Bund die Gesetzgebung dann zusteht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht. Kann es vor diesem verfassungsrechtlichen Hintergrund überhaupt erst jetzt Zweifel an der Frage geben, ob im Falle der Pandemie eine zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder zur Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung für die Pandemie erfordert ist?

Aus meiner Sicht haben sich hier in dem vergangenen Jahr seit dem Ausbruch der Pandemie nur wahlkampfpolitische Interessen von SPD und CDU/CSU durchgesetzt und nicht die notwendige zeitnahe Wahrung der Rechtseinheit und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse mit dem Blick auf das Wohl der Bevölkerung.

gez. Ulrich Bantelmann  
12.04.2021

## Wir engagieren uns:

Resümee unserer Ortsvorsteherin Martina Schindler aus Diekholzen als Organisatorin dieser tollen Aktion – „UNSERE NATUR SAGT DANKE!“

Die Aktion saubere Landschaft wurde auf Grund der Kontaktbeschränkungen ja etwas anders gestaltet als gewohnt. Der Aktionsradius war nicht beschränkt auf Zeit und Raum. Jeder, der Lust hatte, konnte sich einbringen nach seiner Zeit und seinem Arbeitsumfang. Umso erfreulicher war es, dass so viele Teilnehmer\*innen sich auf den Weg machten, Müll und Unrat, den verantwortungslose Zeitgenossen einfach in der Natur zurückgelassen hatten, einzusammeln. Da gab es Senioren, die einfach beim Spaziergang ein Beutchen einsammelten, aber auch Hartgesottene, die sich mit großem Müllbeutel, Handschuhen und Greifzange auf den Weg machten, um auch die Straßengräben von Müll zu säubern. Größere Teile wie ein halbes Autowrack, ein alter Tank oder ein alter Kontaktgrill wurden dabei zu Tage gefördert. Die Natur kann aufatmen und manchem Tier bleibt das Fressen an Plastik oder alten Farbtöpfen erspart. Wir alle wollen eine saubere Natur! Unser aller Bestreben sollte es daher weiterhin bleiben, das Bewusstsein für Müllvermeidung und eine ordnungsgemäße Abfallbeseitigung zu schärfen, denn nur so können wir unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen eine intakte Umwelt hinterlassen. Die Aktion saubere Landschaft wurde in Diekholzen 1996 von der SPD, dem Bergmannsverein Hildesia und den Pfadfindern zum 1. Mal durchgeführt und ist somit in diesem Jahr seit 25 Jahren im Jahreskalender von Diekholzen etabliert. Die Natur, aber auch wir Bürger\*innen sagen Danke!!!

Auch in anderen Kommunen waren Mitglieder von uns aktiv. In Hildesheim haben sich u.a. Erdinc Parlak und Klaus Offen an der Aktion beteiligt. „Danke auch an alle Pfandflaschensammler bzw. ‚Pfand-finder‘, die das ganze Jahr über einen großen Beitrag zum Umweltschutz und zur Nachhaltigkeit leisten. Das schont die Ressourcen und das Klima,“ so Parlak.

(Foto: Parlak)





**Pressemitteilung der Bürgerinitiative Keine Altlasten im Leinetal**  
vom Sprecher der Bürgerinitiative "Keine Altlasten im Leinetal" und  
Mitglied der Unabhängigen

Am Donnerstag, 15.04.2021 trafen sich der Landtagsabgeordnete Bernd Lynack (SPD) und der Alfelder Bürgermeister Bernd Beushausen (SPD) mit Vertretern (Andreas Behrens und Guido Franke) der Bürgerinitiative Keine Altlasten im Leinetal. Bei einem Spaziergang im Bereich des Geländes in Godenau informierten wir Herrn Lynack über das geplante Vorhaben, den aktuellen Verfahrensstand und unsere Position dazu. Die sich darüber hinaus ergebenden Fragen konnten, im Großen und Ganzen, geklärt werden. Herr Lynack war von der konstruktiven Art, wie die Bürgerinitiative versucht eine Lösung zu finden, sehr angetan.

Im Anschluss fand ab 18:00 Uhr im Rathaus in Alfeld, eine Videokonferenz statt. An dieser nahmen die Herren Lynack, Beushausen, Franke, Stucke, Umweltminister Lies und 2 seiner Mitarbeiter teil.

Nach einer kurzen Begrüßungsrunde erläuterte Guido Franke dem Umweltminister warum sich die Bürgerinitiative so engagiert. Er führte aus, dass man das Gelände in Godenau wie ein Kaleidoskop der letzten 120 Jahre Deutscher Geschichte sehen muss. Deshalb sieht die BI die aktuelle Faktenlage über den Zustand des Bodens und des Grundwassers, als nicht ausreichend an. Nach einer kurzen Diskussion erklärte dann der Altlastenexperte des Umweltministeriums, Herr Dr. Kallert, dass er eine Anfrage an das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), zum Bergwerk Desdemona gestellt habe. Aufgrund der Anhörung im Petitionsausschuss seien viele Rückfragen zum Thema verschüttete Kellerräume und dem ehemaligen Bergwerk, von Seiten der Landtagsabgeordneten, gestellt worden. Die Beantwortung werde aber mindestens 8 Wochen dauern. Dank der Unterstützung von Herrn Lynack vereinbarten dann die Vertreter der BI ein erneutes Gespräch mit Herrn Lies, wenn möglich vor Ort in Godenau. Dann werden wir uns gemeinsam über die Ergebnisse unterhalten.

Die von der Bürgerinitiative immer wieder geäußerten Zweifel an der dünnen Faktenlage sind nun endlich auch beim Umweltminister und seinen Mitarbeitern angekommen und werden ernst genommen.

gez. Guido Franke

Impressum:

Infobrief Die Unabhängigen im Landkreis Hildesheim – Heideweg 1– 31199 Diekholzen, Uwe Steinhäuser – Ulrich Bantelmann

Sekretariat: fon 05121 3092771 – fax 05121 3092779 - mail [vorstand@u-hi.de](mailto:vorstand@u-hi.de).

Die Auswahl der Informationen in diesem Newsletter erfolgte mit größter Sorgfalt. Eine Haftung für die Richtigkeit kann nicht übernommen werden. Sie wollen den Infobrief nicht mehr erhalten oder sich anmelden -> Bitte eine E-Mail an: [vorstand@u-hi.de](mailto:vorstand@u-hi.de)